

# AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – März 2019

## Inhalt

<b>Nachrichten aus den EU-Institutionen .....</b>	<b>1</b>
EU-Parlament: Urheberrechtsreform angenommen .....	1
Europäischer Sozialgipfel .....	1
Rat, Parlament und Kommission der EU: Aktualisierung der Regeln zur Koordinierung der sozialen Sicherheit .....	1
Rat, Parlament und Kommission der EU: Einigung über Rahmenprogramm für "Horizont Europa" .....	2
EU-Parlament: Erweiterung des Europäischen Solidaritätskorps.....	2
Europäische Bürgerinitiativen "Europe CARES" und "Housing for All" registriert.....	2
EU-Kommission: Bewertung der Reformfortschritte in Mitgliedstaaten .....	2
Europäisches Parlament: Richtlinie zur Barrierefreiheit beschlossen .....	3
EU-Parlament: Regeln zur Vergütung von Praktika .....	3
Europäisches Parlament: Strategie für ein nachhaltiges Europa bis 2030 .....	3
Europäischer Gerichtshof: Urteil zur Überstellung von AsylbewerberInnen innerhalb der EU .....	3
Europäischer Gerichtshof: Urteil zu Familienzusammenführung auf Grundlage falscher Angaben .....	4
EuGH: Urteil zur Anerkennung von Verwandtschaft nach algerischer Kafala .....	4
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten.....</b>	<b>5</b>
Großbritannien: Eingetragene Lebenspartnerschaft auch für heterosexuelle Paare.....	5
Schweiz Vernehmlassung zu neuem Gesetz zum Jugendschutz bei Film und Videospielen .....	5
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>5</b>
COFACE Families Europe: Beurteilung des Work-Life-Balance-Pakets der EU.....	5
Internationaler Frauentag.....	6
Reise-App für junge Leute: Infos zu den häufigsten EU-Reisezielen .....	6
UN-Menschenrechtsrat: Konsultation zu Alter und Behinderung.....	6
EU-Preis für Produktsicherheit: Bewerbung möglich .....	7
European Youth Forum: Kampagne zur Europawahl .....	7
<b>Berichte und Studien .....</b>	<b>7</b>
EU-Kommission: Aktueller Bericht des EU-Programms für Beschäftigung und soziale Innovation.....	7
Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen: „Aufwachsen im digitalen Zeitalter“ .....	8
<b>Bevorstehende Veranstaltungen.....</b>	<b>8</b>

## Nachrichten aus den EU-Institutionen

### EU-Parlament: Urheberrechtsreform angenommen

Das Europäische Parlament hat am 26. März mit knapper Mehrheit die Richtlinie über das Urheberrecht angenommen. Sie soll den Urheberschutz für digitale Verbreitungsformen aktualisieren, da im aktuell noch gültigen Urheberrecht Lücken in der Regelung der Rechte und Pflichten von Urhebern bzw. Verbreitungsplattformen gesehen wurden. Bisher sind Internet-Plattformen nur dann verpflichtet, Inhalte zu entfernen, die unter das Urheberrecht fallen, wenn sie von Rechteinhabern dazu aufgefordert werden. Sie hätten keinen Anreiz, mit den Urhebern faire Lizenzvereinbarungen abzuschließen, da sie nicht für die hochgeladenen Inhalte ihrer Nutzer haften müssen. Besonders umstritten war dabei Artikel 13 bzw. in der letzten Fassung Artikel 17 der Reform: Er verpflichtet Anbieter wie Youtube und andere Plattformen dazu, Inhalte vor ihrer Veröffentlichung auf Verletzungen des Urheberrechts zu überprüfen. Da dies bei der Menge der Inhalte nur in technisch automatisierter Weise über Upload-Filter möglich sei, gehe damit die Gefahr der Sperrung eigentlich zulässiger Inhalte einher, so KritikerInnen. EU-weit demonstrierten über 150.000 BürgerInnen gegen die Reform, die sie als Gefahr für die Meinungsfreiheit und drohende Zensur kritisieren.

### Europäischer Sozialgipfel

Der Europäische Sozialgipfel findet zweimal jährlich als Dialog von Vertretern des EU-Rates, der Kommission und von Europäischen Sozialpartnern statt. Die wichtigsten Themen des diesjährigen Frühjahrs-Sozialgipfels waren die Arbeitskräftemobilität in Europa, Investitionen in den Europäischen Binnenmarkt und der Beginn eines sozialen Dialogs für die „neue Arbeitswelt“. Zum ersten Schwerpunktthema der Arbeitskräftemobilität wurde insbesondere diskutiert, wie eine digitalisierte Koordination der sozialen Sicherheit und die geplante Europäische Arbeitsbehörde genutzt werden können, um die Mobilität europäischer ArbeitnehmerInnen zu erleichtern. Im Kontext der bevorstehenden Verhandlungen über den EU-Haushalt für die nächsten sieben Jahre wurden Möglichkeiten sinnvoller Investitionen in den EU-Binnenmarkt erörtert. Außerdem wurden Perspektiven ausgetauscht, welche Rolle der soziale Dialog in einer durch Automatisierung und Digitalisierung gewandelten Arbeitswelt spielen kann.

### Rat, Parlament und Kommission der EU: Aktualisierung der Regeln zur Koordinierung der sozialen Sicherheit

Zur Modernisierung und Vereinfachung des Lebens und Arbeitens in der EU sollen die europäischen Regeln zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit überarbeitet werden. Darauf haben sich EU-Rat, das EU-Parlament sowie die EU-Kommission vorläufig geeinigt. Damit sollen die Rechte von EU-BürgerInnen, die innerhalb der Union umziehen, geschützt und aktualisiert werden. Insbesondere die Zusammenarbeit verschiedener nationaler Behörden soll erleichtert werden, um diesen Prozess für die BürgerInnen transparenter zu gestalten und Missbrauch und Betrug zu bekämpfen. Konkret sollen die Fristen zur Arbeitssuche im EU-Ausland verlängert werden, Dienstreisen innerhalb der EU vereinfacht werden und die Pflege im EU-Ausland lebender älterer Menschen neu geregelt werden. Die vorläufige Einigung muss nun noch sowohl vom Europäischen Parlament als auch vom Rat förmlich angenommen werden.

## Rat, Parlament und Kommission der EU: Einigung über Rahmenprogramm für "Horizont Europa"

Seit Januar diesen Jahres wird die Ausgestaltung des neuen EU-Forschungsrahmenprogramms "Horizont Europa" verhandelt. Es ist das Nachfolgeprogramm des Programms "Horizont 2020" und soll von 2021 bis zum Jahr 2027 laufen. Nun haben sich die EU-Institutionen über die Aufteilung in die fünf Forschungsbereiche Anpassung an den Klimawandel, Krebs, Gesunde Ozeane, Klimaneutrale und Intelligente Städte und Ernährung und Bodengesundheit geeinigt. Außerdem wurde die grundsätzliche Ausgestaltung des Europäischen Innovationsrats festgelegt. Er soll mit 70 Prozent seines Budgets vor allem die Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen fördern.

## EU-Parlament: Erweiterung des Europäischen Solidaritätskorps

Das Programm des Europäischen Solidaritätskorps für die Laufzeit von 2021-2027 wurde vom EU-Parlament angenommen. Es wurde um die Möglichkeit ehrenamtlicher Tätigkeiten in humanitären Projekten auch außerhalb der EU erweitert. Um die Teilnahme für noch mehr Personen in verschiedenen Lebenssituationen zu ermöglichen, sind in Zukunft auch Aktivitäten im Heimatland und in Teilzeit möglich. Außerdem soll für BürgerInnen mit erschwertem Zugang, z.B. aus strukturschwachen Regionen oder mit Migrationshintergrund, die Teilnahme erleichtert werden. Dazu sind persönliche Beratungsmöglichkeiten und Hilfen bei der Anmeldung geplant.

## Europäische Bürgerinitiativen "Europe CARES" und "Housing for All" registriert

Die EU-Kommission hat zwei Bürgerinitiativen offiziell registriert: Die Initiative "Europe CARES" setzt sich für inklusive Bildung für Kinder und Erwachsene mit Behinderungen in der EU ein. Sie gibt an, dass 70 Millionen Erwachsene und 15 Millionen Kinder in der EU mit besonderen Bildungsbedürfnissen zu viele Hindernisse zur Ausübung ihres Rechts auf inklusive Bildung zu überwinden haben. Die Initiative fordert einen rechtlich verbindlichen EU-Rahmen zur Vereinheitlichung von Inklusionsmaßnahmen.

Die Initiative "Housing for All" setzt sich dafür ein, Wohnen für alle Menschen in Europa zu ermöglichen. Sie fordert bessere rechtliche Regelung und finanzielle Unterstützung des Zugangs zu bezahlbarem Wohnraum. Konkret fordern sie den Ausbau sozialen Wohnbaus und die Aussetzung der Maastricht-Kriterien für öffentliche Investitionen zur Förderung von Wohnraum.

- [Bürgerinitiative "Europe CARES"](#)
- [Bürgerinitiative "Housing for All"](#)

## EU-Kommission: Bewertung der Reformfortschritte in Mitgliedstaaten

Im Rahmen des Europäischen Semesters hat die EU-Kommission mit dem sogenannten „Winterpaket“ ihre jährliche Bewertung der wirtschaftlichen und sozialen Situation und dem Stand der diesbezüglichen Reformen in den EU-Mitgliedstaaten vorgenommen. Im Koordinierungsprozess der europäischen Wirtschaftspolitik geht diesem Schritt die Festlegung von Empfehlungen für das gesamte Euro-Gebiet voraus. Die nun für die einzelnen Staaten vorgenommenen Empfehlungen werden zunächst im Rat diskutiert und anschließend in bilateralen Treffen mit Vertretern der Staaten erörtert. Die Mitgliedstaaten stellen auf Grundlage dieser Auseinandersetzung im April ihre jeweiligen Reformprogramme vor. Neben der Steigerung der Produktivität wurden die Ziele betont,

das Wachstum inklusiv zu gestalten und die Teilhabe möglichst vieler BürgerInnen zu gewährleisten. Auch für Deutschland wurde auf notwendige Investitionen in Innovation und der Abbau sozialer Ungleichheit angemahnt.

- [Zu den Dokumenten zu Deutschland](#) 

### Europäisches Parlament: Richtlinie zur Barrierefreiheit beschlossen

Am 13. März hat das Europäische Parlament den finalen Text zum Europäischen Rechtsakt zur Barrierefreiheit (European Accessibility Act (EAA) beschlossen. In ihm werden die Richtlinien zur Barrierefreiheit unter anderem in den Bereichen Computer, Geldautomaten, Smartphones, Fernseher, audiovisuelle Medien, Banken, Bahn- und Bustransport, E-Books und Online-Handel vereinheitlicht.

Der EAA muss noch vom EU-Rat beschlossen werden.

- [Zum beschlossenen Entwurf](#) 

### EU-Parlament: Regeln zur Vergütung von Praktika

Im EU-Parlament werden künftig keine unbezahlten PraktikantInnen mehr arbeiten. Nachdem das Präsidium des Europäischen Parlaments sich im vergangenen Juli auf Prinzipien zur Bezahlung von Praktika geeinigt hatte, wurden diese jetzt in feste Regeln überführt. In Zukunft werden PraktikantInnen direkt vom EU-Parlament angestellt, sind während ihrer Tätigkeit dort über das Parlament als Arbeitgeber versichert und erhalten eine Entlohnung zwischen 800 und 1.313 Euro im Monat. Es wurde außerdem eine Höchstdauer von neun Monaten für Praktika im EU-Parlament festgelegt.

### Europäisches Parlament: Strategie für ein nachhaltiges Europa bis 2030

Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit im Europäischen Parlament hat einen Strategischen Bericht über die Umsetzung und Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Die Abgeordneten kritisieren, dass die EU-Kommission bisher keine umfassende und EU-weit koordinierte Strategie zum Erreichen der Ziele für nachhaltige Entwicklung erarbeitet hat und fordert diese dringend dazu auf. Mit der Strategie reagiert der Ausschuss auf das Papier „Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Europa bis 2030“ der Kommission. Darin werden Aspekte wie Lebensmittelproduktion und Energie sowie ethische Gesichtspunkte von Nachhaltigkeit bereits als Diskussionsanstoß formuliert. Es wurden jedoch noch keine Vorschläge für konkrete politische Maßnahmen daraus abgeleitet.

- [Strategischer Jahresbericht über die Umsetzung und Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung](#) 
- [Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Europa bis 2030](#) 

### Europäischer Gerichtshof: Urteil zur Überstellung von AsylbewerberInnen innerhalb der EU

Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass AsylbewerberInnen in den Staat der EU überstellt werden dürfen, der laut Dublin-III-Verordnung für die Bearbeitung ihres Asylantrags zuständig ist, es sei denn, er würde dort in eine Lage extremer materieller Not versetzt, die gegen das Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung verstößt. Mängel im Sozialsystem des betreffenden Mitgliedstaats fallen jedoch nicht automatisch in

diese Kategorie. Geklagt hatte ein Asylbewerber aus Gambia, der zunächst in Italien und später in Deutschland einen weiteren Asylantrag gestellt hatte. Er versuchte geltend zu machen, dass ihm mit der Überstellung nach Italien nicht die menschenwürdigen Lebensverhältnisse garantiert werden könnten, die der Internationale Schutz laut EU-Grundrechtecharta gewähren soll. Diese Position vertreten Hilfsorganisationen für Geflüchtete besonders mit Blick auf Italien und Griechenland, wo die Versorgung geflüchteter Menschen durch das System der sozialen Sicherung nicht gewährleistet werde. Der faktische Ausschluss von Sozialhilfeleistungen durch Zugangsbedingungen, die für Asylsuchende kaum zu erfüllen sind, stellt laut EuGH keinen Grund dafür da, die Überstellung zu verhindern. Das Gericht argumentierte, dass im Rahmen eines gemeinsamen Europäischen Asylsystems davon ausgegangen werden müsse, dass die Behandlung von Personen unter subsidiärem Schutz in allen Ländern im Einklang mit der Genfer Konvention und der Grundrechtecharta der EU stehe.

➤ [Zum Urteil](#) 

### Europäischer Gerichtshof: Urteil zu Familienzusammenführung auf Grundlage falscher Angaben

Der EuGH urteilte über Aufenthaltstitel, die durch Familienzusammenführung nach falschen Angaben zustande gekommen sind. Diese können wieder entzogen werden, wenn die Person, auf Grundlage dessen Aufenthaltserlaubnis die Familienzusammenführung gewährt wurde, ihren eigenen Aufenthaltstitel durch Täuschung erhalten hat. So waren niederländische Behörden vorgegangen, nachdem sie die Täuschung eines chinesischen Staatsbürgers in Bezug auf seine Erwerbstätigkeit in den Niederlanden aufgedeckt hatten. Nicht nur dem Mann, sondern auch seiner Familie wurde die Aufenthaltserlaubnis entzogen, da deren Aufenthaltstitel im Rahmen der Familienzusammenführung auf Grundlage der betrügerisch erworbenen Aufenthaltserlaubnis erteilt worden waren. Die Familie war gegen diese Entscheidung in Berufung gegangen, da die Ehefrau und der Sohn von der Täuschung nichts gewusst hätten und sich damit nicht des Betrugs schuldig gemacht haben könnten. Der EuGH urteilte schließlich, dass der Entzug auch dann rechtmäßig ist, wenn die von der Familienzusammenführung begünstigte Person vom Betrug nichts gewusst hat. Der Entzug werde aber nicht automatisch, sondern nach individueller Prüfung erfolgen.

➤ [Zum Urteil](#) 

### EuGH: Urteil zur Anerkennung von Verwandtschaft nach algerischer Kafala

Der EuGH hat klar gestellt, dass ein Minderjähriger, für den ein Unionsbürger nach der Regelung der algerischen Kafala die Vormundschaft übernommen hat, nicht als „Verwandter in gerader absteigender Linie“ dieses Unionsbürgers angesehen werden kann. Zwei im Vereinigten Königreich lebende Ehegatten französischer Staatsangehörigkeit hatten für ein algerisches Kind, dessen Betreuung ihnen in Algerien nach der Regelung der Kafala, einer Einrichtung des Familienrechts einiger Länder mit islamischer Tradition, übertragen wurde, eine Einreiseerlaubnis als Adoptivkind beantragt. Die britischen Behörden lehnten diesen Antrag ab. In seinem Urteil stellt der EuGH nun fest, dass die Kafala zwar nach algerischem Recht die Verpflichtung eines Erwachsenen darstellt, sich genauso, wie es ein Elternteil für sein eigenes Kind täte, um den Unterhalt, die Erziehung und den Schutz eines Kindes zu kümmern und die gesetzliche Vormundschaft über dieses Kind auszuüben. Jedoch verleihe ihm dies, im Unterschied zu einer Adoption, die das algerische Recht verbietet, nicht die Stellung eines Erben des Vormunds. Insofern könne das Kind nicht als „Verwandter in gerade absteigender Linie“ eines Unionsbürgers angesehen werden kann, da die Betreuung eines Kindes nach dieser Regelung kein

Abstammungsverhältnis zwischen dem Kind und seinem Vormund begründet. Jedoch müssten die zuständigen nationalen Behörden die Einreise und den Aufenthalt eines unter der dieser Vormundschaft stehenden Kindes als „Familienangehörigen“ eines Unionsbürgers erleichtern, indem sie eine ausgewogene und sachgerechte Würdigung aller aktuellen und relevanten Umstände des einzelnen Falles unter Berücksichtigung sämtlicher Interessen, insbesondere des Wohls des betroffenen Kindes, vornehmen.

➤ [Zum Urteil](#) 

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

---

### Großbritannien: Eingetragene Lebenspartnerschaft auch für heterosexuelle Paare

Die eingetragene Lebenspartnerschaft in Großbritannien soll auf heterosexuelle Paare ausgeweitet werden. Dies betrifft potentiell ca. drei Millionen unverheirateter Paare. Die Reform der Lebenspartnerschaft folgt einem Urteil des Obersten Gerichtshofes, nach dem die Beschränkung der eingetragenen Lebenspartnerschaft auf homosexuelle Paare eine Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes darstellt (s. [EuropaNews 06/2018](#)). Bisher ist die Ehe die einzige Möglichkeit für heterosexuelle Paare in Großbritannien, ihre Partnerschaft zu formalisieren. Paaren, die sich gegen eine Eheschließung entscheiden, entgeht dadurch die begünstigte steuerliche Behandlung, die erbrechtlichen Vorteile und Rechte zur Mitbestimmung im Krankheits-, Pflege- und Todesfall.

### Schweiz Vernehmlassung zu neuem Gesetz zum Jugendschutz bei Film und Videospiele

Der Schweizer Bundesrat hat ein Gesetz ausarbeiten lassen, das den Schutz von Minderjährigen vor ungeeigneten Medieninhalten in Zukunft besser regeln soll. Es sieht eine Vereinheitlichung von Alterskennzeichnungen und Alterskontrollen für Filme und Videospiele in der gesamten Schweiz vor. Dieser Gesetzentwurf wurde vom Bundesrat verabschiedet und bis zum 24. Juni 2019 in die sogenannte Vernehmlassung geschickt. Im Schweizerischen Gesetzgebungsverfahren beginnt damit die Phase, in der die Kantone sowie interessierte Organisationen und BürgerInnen zum Entwurf Stellung nehmen können.

➤ [Zum Gesetzesentwurf](#)

## Weitere Nachrichten

---

### COFACE Families Europe: Beurteilung des Work-Life-Balance-Pakets der EU

COFACE Europe hat eine Beurteilung der Work-Life-Balance-Richtlinie veröffentlicht, auf die sich Eu-Parlament und EU-Rat im Rahmen des Trilogs im Januar diesen Jahres verständigt hatten (S. [EuropaNews Januar 2019](#)). Darin wird zunächst dargestellt, dass die Änderungen wichtige Grundwerte der EU wie Geschlechtergleichheit und soziale Inklusion betreffen und das Paket damit dringend notwendige Neuerungen anstößt. Die EU-weite Formalisierung von Regelungen zu Elternzeit und Vaterschaftsurlaub werden grundsätzlich begrüßt. Allerdings verweist die COFACE darauf, dass verbindliche Regelungen zum finanziellen Ausgleich für Familien die wichtigste Grundlage für eine stärkere Beteiligung von Vätern an der Kinderversorgung darstelle. Auch die

Finanzierung von Betreuungsmöglichkeiten und anderen Einrichtungen zur Unterstützung von Familien seien für das Ziel einer europaweiten Work-Life-Balance für Familien zentral. Die Organisation mahnt an, dass die praktische Umsetzung der Richtlinie mit konkreten Unterstützungsangeboten für Familien für den Erfolg des Pakets entscheidend sei. Gemeinsam mit anderen sozialpolitischen Verbänden veröffentlichte COFACE zudem einen offenen Brief an den Rat "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz" des Rats der EU. Darin wird die Richtlinie insgesamt begrüßt und ihre Wichtigkeit betont. Zudem werden die Regierungen der Mitgliedstaaten aufgerufen, die EU-Vorgaben als Minimalstandards zu begreifen und darüber hinaus ein sozial gerechtes und familienfreundliches Europa mitzugestalten.

- [Assessment of the EU Work-life balance directive by COFACE Families Europe](#) 

## Internationaler Frauentag

Zum Internationalen Frauentag am 8. März wurde weltweit mit Demonstrationen und Kampagnen verschiedener Organisationen auf gleichstellungspolitische Themen wie der Gender Pay Gap, dem Recht auf reproduktive Selbstbestimmung und dem Problem von Gewalt an Frauen und Mädchen aufmerksam gemacht. Die Europäische Kommission veröffentlichte anlässlich dessen den Bericht über die Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU. Trotz vieler Fortschritte wird insbesondere die Unterrepräsentation von Frauen in politischen Ämtern und Führungspositionen als Problemfeld angeführt. Außerdem betrage das Lohngefälle EU-weit noch immer 16 Prozent, in Deutschland 21 Prozent. Die Gleichstellung der Geschlechter sei trotz Rückschritten in einigen Ländern weiter ein erklärtes Ziel der EU. Neben dem Bericht wurden eine Übersicht von EU-Gleichstellungsmaßnahmen und eine Auswertung von Eurostat zur Bildungsbeteiligung von Frauen veröffentlicht.

- [Im Fokus: Maßnahmen der EU für Frauen](#)
- [Gleichstellungsbericht 2019](#) 
- [She Figures 2018](#) 

## Reise-App für junge Leute: Infos zu den häufigsten EU-Reisezielen

Das Europäische Verbraucherzentrum EVZ hat seine App zu Reisen im EU Ausland um Informationen für längere Auslandsaufenthalte erweitert. Die speziell für junge Menschen konzipierte App enthält nun Informationen zu notwendigen Behördengängen sowie Tipps zu praktischen Fragen wie Jobsuche, Versicherungen und Bankgeschäften im Ausland. Außerdem steht eine Checkliste für den Auslandsaufenthalt sowie Informationen über Land und Leute der 15 häufigsten Reisezielen unter den EU-Staaten zur Verfügung. Das Angebot richtet sich an junge EuropäerInnen, die für einen Schüleraustausch, ein Praktikum, Work & Travel oder einen Studienaufenthalt eine Zeit im Ausland verbringen.

## UN-Menschenrechtsrat: Konsultation zu Alter und Behinderung

Im Zuge der Erstellung eines Berichts zu älteren Personen mit Behinderung, der im Oktober 2019 präsentiert werden soll, gibt es im Rahmen einer Konsultation die Möglichkeit, Meinungen und Positionen einzubringen. Der Bericht thematisiert vor allem die Menschenrechtsbelange von Personen mit einer Behinderung sowie älteren Personen, bei denen eine Behinderung zu erwarten ist. Die Inputs sollten bis zum 15. April 2019 an die Email-

Adresse [sr.disability@ohchr.org](mailto:sr.disability@ohchr.org) gehen und in Englisch, Französisch oder Spanisch formuliert sein. Zudem sollten sie sich am dafür vorbereiteten Fragenkatalog orientieren.

- [Zum Fragenkatalog](#)  

## EU-Preis für Produktsicherheit: Bewerbung möglich

Für den neu eingeführten EU-Preis für Produktsicherheit kann sich nun beworben werden. Mit dem EU-Preis für Produktsicherheit sollen Unternehmen ausgezeichnet werden, die im Verbraucherschutz eine Vorreiterrolle übernehmen. Gesucht werden Unternehmen, die Sicherheit ins Zentrum ihrer Geschäftstätigkeit stellen und dabei über die in den EU-Gesetzen festgelegten Mindestanforderungen hinausgehen. 2019 wird er neben online verkauften Produkten auch in der Kategorie für Sicherheit von Babyartikeln verliehen.

- [Weitere Informationen zum EU-Preis](#)

## European Youth Forum: Kampagne zur Europawahl

Das European Youth Forum will mit der Kampagne #ChangelsComing die Aufmerksamkeit für die politischen Anliegen junger EuropäerInnen erhöhen. Sie weist darauf hin, dass junge Menschen in Europa die Gruppe mit der höchsten Unterstützung für die EU bilden und fordert, dass ihre Perspektiven stärker in die Europapolitik eingehen. Dazu hat die Organisation ein Policy Paper mit zehn Grundprinzipien veröffentlicht, zunächst als wichtigsten Impuls die Priorisierung des Wohlergehens der BürgerInnen, zukünftiger Generationen und der Umwelt in allen politischen Fragen. Weitere Forderungen betreffen die Sicherung attraktiver Erwerbsmöglichkeiten, der Erhalt der sozialen Sicherung und Möglichkeiten zur zeitgemäßen politischen Teilhabe.

## Berichte und Studien

---

### EU-Kommission: Aktueller Bericht des EU-Programms für Beschäftigung und soziale Innovation

Der neunte Bericht zu Projekten des Programms für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI) stellt 23 Projekte vor, die an der Reformierung der Systeme sozialer Sicherung, der Arbeitskräftemobilität in Europa und der Umsetzung der EU-Jugendgarantie arbeiten. Außerdem wird dargestellt, wie verschiedene Nicht-Regierungsorganisationen mit den Mitteln des Programms die Armutsbekämpfung und soziale Inklusion in Europa voranbringen. Die Arbeit der Projekte wird unterstützt, um die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte und der Strategie Europa 2020 zu fördern. Das EaSI-Programm ist ein Finanzierungsinstrument der EU-Kommission für die Entwicklung hochwertiger und nachhaltiger Bildungsangebote, die Sicherstellung sozialen Schutzes für EU-BürgerInnen, den Kampf gegen Armut und soziale Schließung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der EU.

- [Projects and organisations funded by the European Union Programme for Employment and Social Innovation \(EaSI\) – Report 9](#) 



## Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen: „Aufwachsen im digitalen Zeitalter“

Der Bericht „Aufwachsen im digitalen Zeitalter“ der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) befasst sich mit den Kompetenzen, die Kinder und Jugendliche benötigen, um in einer digitalen Welt aufzuwachsen, sich auszubilden, zu arbeiten und daran teilzuhaben. Eine erstmals veröffentlichte Analyse zu den Anforderungen in der Arbeitswelt hebt hervor, dass vor allem Kompetenzen wie die Fähigkeit zur Problemlösung und Kommunikation sowie Kreativität und Empathie gefragt sind. Neben der Schule müsse das Potenzial der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit und der frühen Bildung genutzt werden. Zudem sollten Kinder und Jugendlichen in die Diskussion rund um die Digitalisierung einbezogen werden.

- [Download des Berichts „Aufwachsen im digitalen Zeitalter“](#) 

## Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
02. Apr. 2019 Brüssel, Belgien	Strengthening integration within early childhood systems – why and how?	Intensys
01.-05. Apr. 2019 Preston, England	<a href="#">International Child Welfare: Analysing and Reforming Child Protection Systems</a>	BASW
08.-09. Apr. 2019 Manchester, England	<a href="#">Jährliches Event des YES-Forums, Abschlusskonferenz des Forschungsprojekts PROMISE</a>	YES Forum
10.-13. Apr. 2019 Austin, USA	Jahrestagung der Population Association of America	<a href="#">Population Association of America</a>
17.-18. Apr. 2019 Brüssel, Belgien	<a href="#">Eurochild General Assembly and Member's Day</a>	Eurochild
21.-21. Mai 2019 Paris, Frankreich	OECD Forum 2019 „World in Emotion“	OECD
13. Juni 2019 Online	Webinar: Flexible working in the digital age - Is everyone a winner?	Eurofound
03.-4. Oktober 2019 Helsinki, Finnland	„Shaping a healthy environment fit for children“	COFACE Families Europe
15.-17. Nov. 2019 Rom, Italien	<a href="#">Refugee and Migrant Children and Families Preserving family life through hard challenges</a>	International Commission on Family and Couple Relations

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78  
E-Mail: [europa@ag-familie.de](mailto:europa@ag-familie.de) · Web: <http://ag-familie.de>  
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

